

(Präsident Ley)

Stimmenmehrheit angenommen ist. Die CDU hat zugestimmt, SPD und B 90/Grüne sowie die fraktionslose Abgeordnete haben abgelehnt. Die FDP hat sich enthalten.

Es ist über Kapitel 03 01 Einzelabstimmung beantragt. Das ist das Ministeramt. Wer für die Annahme des Kapitels 03 01 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 03 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt hat die CDU-Fraktion, abgelehnt haben alle übrigen Abgeordneten.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 03 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 03 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann kann ich feststellen, dass Einzelplan 03 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt hat die CDU-Fraktion. Abgelehnt haben die übrigen Abgeordneten.

Wir kommen zur Übersicht 5: Einzelplan 06 - Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur -, Einzelplan 17, Kapitel 17 06 und Einzelplan 20, Kapitel 20 06, 20 12 und 20 27.

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung über die in der Übersicht 5 aufgeführten Einzelpläne Herrn Abgeordneten Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU), Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 06 gilt für den Geschäftsbereich für Bildung, Familie, Frauen und Kultur. Folgende wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr sind zu verzeichnen. Das Kapitel 06 18 (Hochschule für Technik und Wirtschaft) wird ab dem Jahr 2008 im Kapitel 08 11 geführt, das Kapitel 06 21 (Universität) wird ab dem Jahr 2008 im Kapitel 08 11 geführt. Neuaufnahme der Kapitel 06 30 (Frauenpolitik), vorher 03 05; 06 31 (Förderung der Familie), vorher 03 06; 06 32 (Jugendpolitik), vorher 03 08 und 06 33 (Landesjugendamt), vorher 03 15. Außerdem fällt das Kapitel 06 26 (Bücherei) weg.

Die Gesamteinnahmen des Einzelplans 06 belaufen sich nun auf 18.041.500 Euro. Dies entspricht einer Steigerung von rund 4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesamtausgaben betragen 608.457.300 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 6.275.600 Euro.

Der Personalplan des Einzelplans sieht den Wegfall von insgesamt 24 Stellen vor auf dann 8.496 Stellen. Die Zahl der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst reduziert sich um 7 Stellen auf 604 Stellen.

Im Ausschuss wurden von allen Fraktionen Änderungsanträge gestellt. Alle Anträge, die eine Mehrheit fanden, liegen Ihnen in Übersicht 5 vor. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Einzelplans 06 unter Einbeziehung der Änderungsanträge, die im Ausschuss die Mehrheit fanden.

(Beifall bei der CDU).

Präsident Ley:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Reiner Braun.

Abg. Braun (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die SPD-Fraktion, weil Bildung für sie ein Megathema ist, das gestern schon zur Generaldebatte angesprochen hat und ich gestern gewissermaßen schon das Vergnügen mit der neuen Ministerin hatte,

(Abg. Gillo (SPD): Wo?)

will ich heute zur Ministerin nur so viel sagen: Was sie gestern an dieser Stelle gesagt hat, ist noch nicht die Grundlage dafür, dass man aus den PISA-Ergebnissen vernünftige Lehren gezogen hat. Es ist noch nicht die Grundlage dafür, dass ich mit ihr gemeinsam in einen vernunftgeleiteten Dialog eintreten kann. Aber nach 100 Tagen Amtszeit will ich die Geduld nicht aufgeben, mit ihr noch zu diesem Dialog zu kommen. Nur, Frau Ministerin, da Sie jetzt gerade hereinkommen, will ich dazu auch sagen, dann muss man mit solchen Albernheiten wie Alt-68er aufhören. Das sind Verhaltensmuster, die unproduktiv sind. Nach 100 Amtstagen sollten Sie nicht in die Verhaltensmuster Ihres Amtsvorgängers eintreten.

(Beifall bei der SPD und von der Abgeordneten Spaniol (fraktionslos).)

Ich will auch sagen, dass es schon erstaunlich ist, dass die Landesregierung sich nach 8 Jahren Amtszeit immer noch über die Politik ihrer Vorgängerregierung definiert, und dass sie sich immer noch daran abreibt, als wäre sie in der Opposition. Sie müssen nach 8 Jahren erkennen, dass Sie selbst die Verantwortung in diesem Lande für die Bildungspolitik haben. An der Stelle will ich auch sagen, dass Sie dann, wenn Sie schon auf die Vorgängerregierung rekurrieren, die Wahrheit sagen müssen und nicht die Unwahrheit, wie Sie das gestern gemacht haben.

Ich will nur zwei Beispiele aufführen. Sie haben gestern gesagt, dass wir bei dramatisch steigenden Schülerzahlen die Zahl der Lehrer gesenkt hätten. Zwischen 1980 und 1990 ist die Zahl der Schüler um 30 Prozent gesunken, die der Lehrer ist um 15 Prozent gesunken. Ich gebe allerdings zu, dass dann in den Neunzigerjahren eine Sonderentwicklung war, die nichts mit der demografischen Entwicklung zu tun hatte. Das waren Faktoren, die von außen auf das Land zugekommen sind. Da war es in der Tat so, dass diese Landesregierung, was die Zahl der Lehrer anbelangt, zu spät auf diese Entwicklung reagiert hat.

Aber ich sage auch, derjenige, der jetzt hier steht, hat mit dafür gesorgt, dass die Politik, die da hieß, 4 von 5 frei werdenden Lehrerstellen werden wiederbesetzt, früher beendet worden ist, als ursprünglich vorgesehen. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden, wenn es darum geht zu sagen, was zwischen 1985 und 1999 geschehen ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will Ihnen eines sagen. Sie haben gestern gesagt, so gut wie keine Innovation in dieser Regierungszeit. Auch das ist völlig falsch. Die Liste der Innovationen hier aufzuführen, würde die Redezeit sprengen. Ich will nur einige Stichpunkte nennen. Integration von Behinderten in Regelschulen - Saarland Vorreiterrolle in dieser Zeit. Schaffung der Gesamtschule der zweiten Generation - Saarland Vorreiter. Überall auf der Welt sind die Leute hierher gepilgert, um dieses Modell der Gesamtschule zu bewundern.

Ich will sagen, dass wir das erste Bundesland waren, das die Fremdsprache in der Grundschule verbindlich eingeführt hat. Wir waren das erste Bundesland mit bilingualen Kindergärten. Sie haben gestern gesagt, einen Beitrag zur Chancengleichheit hätten Sie dadurch geschaffen, dass Sie die beruflichen Gymnasien ausgebaut hätten. Das haben Sie in der Tat. Sie haben berufliche Gymnasien 1979 versprochen. Wir waren die ersten, die berufliche Gymnasien in diesem Lande eingeführt haben. Es waren drei an der Zahl. Das müssten Sie wissen, das müsste Ihr Abteilungsleiter in der Abteilung C wissen, denn er war der Erste, der von dieser Entscheidung der damaligen Landesregierung positiv betroffen war.

Eines will ich Ihnen auch noch sagen. Sie haben zu Recht die Frage der Berufsschullehrerbildung angesprochen. Es war in der Tat ein Fehler - auch das habe ich immer wieder gesagt, schon während

(Abg. Eugen Roth)

Vom höheren Niveau aus? - Wenn Sie so etwas sagen, haben Sie wirklich keine Ahnung! Dort lag man immer ein Stück niedriger als wir!

(Zuruf von der SPD: Hauptsache, dazwischengerufen!)

Eines blüht und gedeiht aber leider im Saarland: die prekären Beschäftigungsverhältnisse. - Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Vorsitzende, möchte ich aus dem Datenreport der Arbeitskammer des Saarlandes zitieren. Es handelt sich um den Report aus dem November 2007, der sich auf Zahlen des Jahres 2006 bezieht. Die Zahlen sind also noch nicht einmal ganz aktuell; die wirkliche Entwicklung dürfte eher noch schlimmer sein. Ich zitiere von Seite 8, wo auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse, die Frau oder Mann nicht ernähren, eingegangen wird: „Zuletzt im Saarland: 72.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte, 36.000 befristet Eingestellte (ohne Auszubildende), 33.000 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich (...) und 8.400 Leiharbeiter.“

Das ist insgesamt eine Zahl von 149.400 Arbeitnehmern - Stand 2006 -, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Ich möchte Sie doch wirklich bitten, sich die Lage wenigstens einmal anzuschauen und sich nicht durch die Arbeitsmarktstatistik blenden zu lassen und in eine Champagnerlaune zu verfallen!

(Beifall von der SPD, B 90/Grüne und von der Abgeordneten Spaniol (fraktionslos).)

Wenn die Statistik zwar schön aussieht, die Menschen aber nicht von ihrer Arbeit leben können, so kann man der Verbesserung der Statistik wohl kaum einen wirklichen Wert zuordnen.

Ein weiterer Hinweis: Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere der im SGB II angesprochene Bereich, verläuft im Saarland zudem noch wesentlich langsamer. Im Jahresvergleich zeigt sich ein Rückgang um 3,2 Prozent, was einer Verringerung um rund 1.000 registrierte Arbeitslose entspricht. Im Rechtskreis des SGB III hingegen, also bei den dem Arbeitsmarkt Näheren, die bei den Arbeitsagenturen betreut werden, zeigt sich ein Rückgang um 4.300 entsprechend 29,4 Prozent. Das ist das Zifgache an Rückgang!

In der Konsequenz muss man feststellen, dass es trotz aller - bei oberflächlicher Betrachtung! - guten Statistiken im Saarland zu einer Segmentierung des Arbeitsmarktes kommt und sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Es zeigt sich bei der Langzeitarbeitslosigkeit kaum Bewegung.

Ich möchte meine Betrachtung nun noch ergänzen um ein Thema, das heute schon angeklungen ist: das Thema „Bergbau“. Es ist nun einmal so, dass beim Bergbau mit weiteren Beschäftigungseinbrüchen zu rechnen ist. Das bedeutet - politisch so auch gewollt; „Auslaufbergbau noch schneller“ -, dass der Arbeitsmarkt zusätzlich eine politisch vorgegebene Belastung erfahren wird.

Im Ergebnis müsste man nun eigentlich bestrebt sein und sich besonders anstrengen, die zwar schon schwächelnde, aber noch andauernde Hochkonjunkturphase zu nutzen. Wir schlagen vor diesem Hintergrund einige Projekte vor. Erstens möchten wir ein Pilotprojekt zur Schaffung eines dauerhaft geförderten öffentlichen Beschäftigungssektors. Diesbezüglich haben wir ja auch die Unterstützung der Kirchen. Zweitens wollen wir die Wiederaufnahme der Arbeitsmarktforschung. Gemeint ist das Projekt „Betriebspanel“, das 2004 nach dem Weggang von Regina Görner eingestellt wurde. Drittens sollte endlich mal das Geld für die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle in die Hand genommen werden. Diese 25.000 Euro sind im Grunde nur „kleines Geld“, aber außerordentlich wichtig. Viertens muss endlich die überdurchschnittlich hohe Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Warteschleifen beseitigt werden; auch diesbezüglich darf man sich nicht durch irgendwelche Zahlen blenden lassen.

Abschließend stelle ich fest: Es darf nicht sein, dass im Saarland die Arbeitsmarktpolitik völlig an die Bundesagentur für Arbeit delegiert wird. Wir haben eine Landesregierung, die dafür bezahlt wird, auch auf diesem Felde etwas zu tun.

Ich hatte seinerzeit gefordert, dieses Aufgabenfeld sollte bei Minister Hecken ressortieren. Minister Hecken, Sie halten das nun in Händen! Bitte kommen Sie endlich in die Schuhe!

(Beifall von der SPD, B 90/Grüne und der Abgeordneten Spaniol (fraktionslos).)

Vizepräsidentin Lawall:

Herr Kollege Alexander Funk von der CDU-Landtagsfraktion hat das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute Morgen, in der Grundsatzdebatte, kam das Thema „Arbeitsmarktpolitik“ fast nicht vor. Die Opposition hat das Thema gänzlich totgeschwiegen.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Sie müssen zuhören: In der Grundsatzdebatte!

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Der Ministerpräsident hat die gesamte Debatte totgeschwiegen! Der hat heute noch kein Wort gesagt! - Minister Hecken: Das war ja auch noch nicht nötig. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Das gab es noch nie! Das habe ich noch nie erlebt! - Minister Hecken: Ich hätte an seiner Stelle auch nichts gesagt. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Das ist eine Missachtung des Parlaments!)

Das ist aber auch nicht verwunderlich, denn die Zahlen sind so gut, dass die Opposition in der Grundsatzdebatte zu diesem Thema lieber nichts sagen wollte. Die Erfolge der Landesregierung sind so offensichtlich, dass selbst Sie diese erfolgreiche Arbeit nicht mehr schlechtreden können. Da nützen Ihnen, Herr Roth, auch Ihre statistischen Interpretationen nichts!

(Beifall von der CDU. - Anhaltendes Sprechen.)

Zu den Zahlen. Für das Saarland ist in den vergangenen Jahren hinsichtlich des Arbeitsmarktes eine Entwicklung zu verzeichnen, die deutlich oberhalb des Trends der alten Bundesländer liegt. Im Vergleich der Bundesländer liegt das Saarland auf einem guten fünften Platz. Im Oktober dieses Jahres gab es im Saarland, erstmals seit 15 Jahren, weniger als 40.000 Arbeitslose, genau: 39.922 Arbeitslose. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,7 Prozent. Die Arbeitslosenzahl ging damit gegenüber dem Vormonat um 12,9 Prozent entsprechend 5.887 Arbeitslose zurück. Im Jahresvergleich gab es einen Rückgang um 5.880 Arbeitslose; das ist ein Rückgang um 12,8 Prozent.

Besonders erfreulich ist der weitere Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit: Ende Oktober 2007 waren 3.789 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vorjahresmonat war das ein Rückgang um 15,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Unter-25-Jährigen hat sich damit auf 6,9 Prozent verringert. Mit dieser Quote konnte das Saarland im Vergleich der Bundesländer weiterhin den erfreulichen vierten Platz belegen.

Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass die wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitischen Weichenstellungen richtig waren. Deshalb muss an ihnen festgehalten werden.

Herr Roth, Sie haben die Frage aufgeworfen, wer denn für diesen Erfolg verantwortlich sei. Natürlich kann die Politik keine Arbeitsplät-

(Abg. Funk)

ze schaffen. Sie kann aber die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Unternehmen mehr Menschen einstellen. Genau dies wird im Saarland praktiziert.

(Beifall von der CDU.)

Das ist das Ergebnis harter Arbeit. Ich nenne als Beispiel die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Reduzierung ist auch ein Verdienst des Ausbildungspaktes. Landesregierung, IHK, Handwerkskammer, die Vereinigung der Saarländischen Unternehmerverbände, die Arbeitsverwaltung und der saarländische Landkreistag haben sich in diesem Pakt zusammengefunden. Dank gebührt aber natürlich auch den Unternehmen, die zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Damit setzen sie auch ein Zeichen für die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Dieser Verantwortung stellen sich die Arbeitskammer und der DGB noch immer nicht. Herr Roth, ich fordere Sie erneut auf: Treten Sie dem Ausbildungspakt bei! Übernehmen Sie an dieser Stelle Verantwortung!

Bezüglich der Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind neben dem Landesprogramm „Ausbildung jetzt“ zwei weitere Schwerpunkte zu nennen: die Förderung des Dualisierten Berufsgrundschuljahres und die Förderung der Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses.

Kern der Überlegung zur Förderung des Dualisierten Berufsgrundschuljahres ist die Feststellung, dass ein betriebliches Praktikum die Vermittlungsrate von Ausbildungsplatzbewerbern deutlich erhöht. Diese neue Schulform beinhaltet, dass die Jugendlichen praxisorientiert auf das Arbeitsleben und auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Rund 50 Prozent der Jugendlichen, die diese Modellklassen besuchen, erhalten einen Ausbildungsplatz für das nächste Ausbildungsjahr. Im Jahr 2008 werden für dieses Programm 700.000 Euro an Landesmitteln und 700.000 Euro an ESF-Mitteln zur Verfügung stehen. Das sind 600.000 Euro mehr als im Jahr 2007.

Zum zweiten Schwerpunkt, der Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses. Damit für eine größere Zahl Jugendlicher ohne Schulabschluss dieser erste Schritt in Richtung einer Ausbildung ermöglicht wird, stellt die Landesregierung Mittel für die Förderung von Hauptschulabschlusskursen in Vollzeitform zur Verfügung. Gefördert werden benachteiligte, arbeitssuchende Jugendliche unter 25 Jahren. Ihnen soll mit dem Hauptschulabschluss die Chance auf eine Ausbildung beziehungsweise der Zugang zu einer weiterführenden Schule eröffnet werden.

Die CDU-Fraktion will an diese Erfolge anknüpfen. Wir haben daher einen Änderungsantrag gestellt, der die Förderung schulischer Maßnahmen zur Berufsorientierung zum Gegenstand hat. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine Fortentwicklung der erfolgreichen Aktion „Der Weg in die Ausbildung“, die im September vom Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft initiiert wurde. Der Antrag der CDU-Fraktion will es ermöglichen, künftig schulische Maßnahmen, die der Berufsorientierung dienen, zu bezuschussen. Bezuschusst werden können beispielsweise die Fahrtkosten anlässlich der Besichtigung von Betrieben und des Besuchs von Ausbildungswerkstätten, von Hochschulen oder der ASW, aber auch Druckkosten für individuelle Berufswegeplaner der einzelnen Schulen.

Wir bekämpfen aber nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit, und wir helfen auch nicht nur jungen Menschen beim Start ins Berufsleben. Auch Langzeitarbeitslose werden weiterhin durch die in diesem Haushalt vorgesehenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt.

Sie haben es angesprochen, Herr Roth: Ein Teil der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, in Deutschland schätzungsweise zwischen 200.000 und 600.000 Menschen, hat heute auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum Chancen und ist daher voraussichtlich dauerhaft auf Förderleistungen angewiesen. Auch diesen langzeitarbeitslosen Menschen müssen dauerhafte Perspektiven aufgezeigt werden. Eine langfristig angelegte Integration in den Arbeitsmarkt, gerade auch in den Ersten Arbeitsmarkt, ist bei dieser Gruppe mit den traditionellen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten selbst bei deutlich verbesserter Konjunkturlage in aller Regel nicht möglich. Viele dieser Menschen weisen gleich mehrere Vermittlungshemmnisse - Sucht- und Schuldenprobleme, mangelnde Qualifikation, Schwerbehinderung, Alter, fehlende Deutschkenntnisse - auf.

Die Anstrengungen zur Wiedereingliederung dieser Personen in den Ersten Arbeitsmarkt müssen deutlich erhöht werden. Dabei stellt eine Wiedereingliederung oftmals eine langwierige Entwicklung dar, die nur auf der Grundlage der Erschließung neuer, längerfristig angelegter Beschäftigungsfelder gelingt. In einem ersten Schritt müssen die individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes abgeglichen, in einem zweiten Schritt sodann Qualifizierungspläne erstellt werden. Oftmals müssen die Teilnehmer zunächst an einen geregelten Tagesablauf herangeführt werden. Des Weiteren muss systematisch an der Beseitigung der meist vorhandenen weiteren Vermittlungshemmnisse gearbeitet werden.

Trotz aller Bemühungen wird aber die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt an einem großen Teil dieser Zielgruppe vorbeigehen; diese Menschen werden als Modernisierungsverlierer im Abseits stehen. Für diejenigen, die auf dem Ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, sollte daher ein auf Dauer angelegter und öffentlich gestützter Arbeitsmarkt geschaffen werden, der unbefristete Arbeitsmöglichkeiten bietet.

Wir unterstützen daher die Initiativen auf der Bundesebene, die auf die Schaffung eines Dritten Arbeitsmarktes zielen. - Bitte?

(Abg. Lang (SPD): Nicht „Dritter Arbeitsmarkt“!)

Eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes. - Wir unterstützen diese Initiativen auf der Bundesebene.

Zusammenfassend kann ich feststellen, dass hinsichtlich der aktiven Arbeitsmarktförderung in den kommenden Jahren neue Impulse gesetzt werden. Diese werden auf dem Prinzip aufbauen, wonach es jedenfalls besser ist, statt der Arbeitslosigkeit die Arbeit, die Ausbildung oder die Qualifizierung zu finanzieren.

Während der nun zu Ende gehenden Förderperiode hatten wir im Saarland insgesamt rund 190 Millionen Euro an ESF-Mitteln zur Verfügung. Allein im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 wurden aus diesen Mitteln arbeitsmarktpolitische Projekte zugunsten von etwa 17.300 Personen finanziert. Diese Größenordnung hätte das Land allein aus Landesmitteln, ohne die ESF-Mittel, nicht erreichen können. Mit den Geldern wurden erfolgreiche Eingliederungen in Ausbildung und Beschäftigung betrieben.

Aufgrund der in Brüssel und in Berlin gesetzten Rahmenbedingungen müssen wir im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 mit deutlich geringeren ESF-Mitteln planen, als uns in der auslaufenden Förderperiode zur Verfügung standen. Verfügbar sind lediglich knapp 87 Millionen Euro. Diese Verringerung ist Folge einer im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt positiven Entwicklung am saarländischen Arbeitsmarkt. Derjenige, der aktuell geringere Probleme hat als andere europäische Regionen beziehungsweise sich in der Vergangenheit positiv entwickelt hat, muss akzeptieren, dass das Vo-

(Abg. Funk)

lumen der Hilfe vonseiten der EU nicht mehr ganz so groß ausfallen wird wie in der Vergangenheit.

So gesehen ist die Verringerung der Subventionen ein Ergebnis der erfolgreichen Arbeit, die wir in den zurückliegenden Jahren geleistet haben. Darauf sind wir stolz!

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Herr Minister Josef Hecken hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Hecken:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Willger-Lambert hat eben gesagt, unter jedem Leuchtturm sei es dunkel. Ich kann angesichts des bisherigen Verlaufs der Debatte dazu nur sagen: Wie wahr! Als der eine oder andere Beitrag verfasst wurde, muss es in der Tat im Raum des Redenschreibers stockfinster gewesen sein!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU.)

Anders lässt sich das Ausmaß an Realitätsverdrängung und teilweise auch an Ahnungslosigkeit, das hier an den Tag gelegt wurde, nicht erklären.

Ich will daher - mir noch etwas Redezeit für das Kommende aufsparend - versuchen, die Aussagen ein klein wenig zurechtzurücken. Bislang kommen sie auch nicht annähernd in die Nähe der Realität. Die hier zu hörenden Ausführungen haben mich teilweise stark an Absurdistan erinnert! Man hatte den Eindruck, als würde „Wünsch dir was!“ gespielt; jeder sagt das, was ihm gerade einfällt, und jeder lässt vor allem unerwähnt, was die Landesregierung in diesem Haushalt umsetzt.

Trotz der Kritik, die ich gerade zu hören bekam, sage ich ganz ausdrücklich: Ich als zuständiger Ressortminister bin stolz auf den Einzelplan 05! Ich glaube, wir könnten getrost durch die Bundesrepublik Deutschland wandern und bei den Kollegen, in welcher Partei sie auch immer sein mögen, fragen, welche Gestaltungsmöglichkeiten und -optionen ihnen zur Verfügung stehen. Wir werden dabei relativ wenige finden, die einen so ausgeglichenen und einen so vernünftig strukturierten Haushalt vorweisen können.

Das alles wird aber von Ihnen verdrängt. Das alles wird von Ihnen negiert. Es werden hier einfach ins Blaue hinein Forderungen aufgestellt. Dinge hingegen, die wegweisend und bahnbrechend sind, werden schlicht ignoriert. Ich will daher die wesentlichen Schwerpunktsetzungen dieses Haushalts kurz darstellen. Der geneigte Zuhörer wird dann relativ schnell erkennen, dass kein Punkt der hier vorgetragenen Kritik letztlich berechtigt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beginnen wir mit dem Themenkomplex „Jugendstrafvollzug, Strafvollzug, Justiz“. Es wurde gesagt: Das ist alles zu wenig! Wir brauchen mehr Stellen, wir brauchen mehr Baumittel, wir brauchen mehr sächliche Ausstattung, damit endlich der Justizvollzug und die Justiz in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit verrichten zu können! - Dazu sage ich: Hierbei bewahrheitet sich wieder einmal, dass diejenigen, die in der Vergangenheit selbst nichts hingekriegt haben, nun die dicksten Arme machen!

(Beifall von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie doch bitte einmal drei, vier Zahlen zur Kenntnis! Beginnen wir mit der Forensik, die ja im weitesten Sinne auch zum Vollzug gehört: Übernommen haben wir eine Einrichtung, die überbelegt und unterpersonalisiert

und baulich in schlechtem Zustand war. Die Ausgaben für die Forensik wurden in den vergangenen sechs Jahren um 49 Prozent gesteigert, das Personal wurde um 40 Planstellen erweitert - und das bei statischer, bei stagnierender Patientenzahl! Wir geben also heute 49 Prozent mehr aus für die gleiche Anzahl an Patientinnen und Patienten! Wir haben mehr als vier Millionen Euro in Baumaßnahmen investiert, um die Behandlung der Patientinnen und Patienten zu verbessern. Das ist doch wohl ein Fortschritt, und man kann doch nicht so tun, als wäre das nichts!

Entsprechendes findet im Justizvollzug statt. Der Jugendstrafvollzug wird uns künftig 25 Prozent mehr kosten. Elf Stellen für den Justizvollzugsdienst! 253.500 Euro für befristete Stellen, die auch den Sozialdienst der Justiz entlasten! Einführung einer stationären Nachsorge, die es in ganz Deutschland in keinem Bundesland gibt. Und da stellen Sie sich hier hin und sagen: Das ist alles Dreck, Ihr macht nicht genug. - Ich würde mich schämen, wenn ich so die Wirklichkeit ausblenden würde!

(Beifall bei der CDU.)

Zwei Richterstellen, mit denen wir auch das Jugendstrafverfahren effektivieren wollen, weil das ein richtiger Schwerpunkt ist, werden von Ihnen totgeschwiegen, finden nicht statt in Ihrer Argumentation. Und im Haushaltsausschuss werden dicke Arme gemacht und wird gesagt, Ihr spart nicht genug. Da müssen Sie sich überlegen, was Sie wollen.

Hier wird ein Schwerpunkt gesetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Schwerpunkt, zu dem ich stehe, auf den ich stolz bin. Und dann lasse ich mir nicht sagen: Unter jedem Leuchtturm ist es dunkel. Sie befinden sich offenbar im Bereich des Strafvollzuges auf dem Felde ewiger Finsternis, sonst hätten Sie das wahrnehmen müssen.

(Beifall und Lachen bei der CDU.)

Nächster Punkt. Es stellen sich Rednerinnen und Redner der Opposition hier hin und sagen, Ihr tut zu wenig für die Kinder; das ist ja ganz hübsch, was Ihr da angefangen habt, aber das ist alles nicht genug. Die ganze Bundesrepublik Deutschland leckt sich die Finger nach dem, was wir hier seit einem Jahr machen. Überall werden wir einbestellt, um unser Modell vorzuführen. Und Teile dieses Hohen Hauses stellen sich hin und sagen, das ist nicht genug. Ich würde mich schämen, wenn ich so die Wirklichkeit ausblenden würde.

(Beifall bei der CDU.)

Es gibt in diesem Bereich noch unendlich viel zu tun. Wir können nicht gewährleisten, dass nichts passiert. Wir müssen bei den Familienhebammen weitermachen. Wir müssen das Verfahren optimieren, natürlich. Aber wir sind die ersten und bis heute die einzigen, die den Weg beschritten haben. Und ich sage, wie wichtig und richtig der Weg ist, zeigen die Entwicklungen der vergangenen Monate. Deshalb gehen wir auf diesem Weg weiter, und deshalb werden wir uns auch durch Sie und Ihre Kritikasterei von diesem Weg nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU.)

Nächster Punkt. Es wird gesagt, Ihr tut zu wenig für das Soziale, für Altenhilfe, für Eingliederungshilfe, für vielfältige Belange. Es ist sogar behauptet worden, bezüglich der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten wird nicht genug getan. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie doch einfach mal zur Kenntnis: Wir haben die beste Ausstattung an Werkstattplätzen in Deutschland, mit weitem Abstand. Wir haben eine hervorragende Ausstattung an Tagesförderstätten. Wir haben im vorderen Drittel Platz genommen, was die Arbeitslosenquote von schwerbehinderten Menschen angeht.